



Putins Gaskrieg gegen Europa - Frieren für die Ukraine?

Dr. Kurt Traar
Wien, September 2022

Inhaltsverzeichnis

0. Vorbemerkungen

1. Erdgas – eine Schlüsselenergie

- 1.1 Allgemeine Überlegungen
- 1.2 Erdgasverbrauch in der EU

2. Alternativen zum russischen Erdgas

- 2.1 Wer bietet sich als Ersatz an?
- 2.2 Die algerische Chance
- 2.3 Flüssig-Gas aus den USA und Katar
- 2.4 Solarenergie zu Wasserstoff verflüssigt
- 2.5 Förderung von Erdgas in der EU
- 2.6 Erneuerbare Energien

3. Energiepolitik

- 3.1 Deregulierung der Energiemärkte
- 3.2 Die Erdgasstrategie von Gazprom
- 3.3 Gasnotfallpläne – in der EU und in Österreich

4. Design des Gasmarktes in der EU und Preisbildungen

- 4.1 Liberalisierung des Gasmarktes
- 4.2 Preisbildungen auf den Energiemärkten

5. Nationale Erdgassicherung in Österreich: Erdgasspeicher

6. Im Wirtschaftskrieg mit Russland

- 6.1 Auswirkungen auf die einzelnen nationalen Wirtschaften
- 6.2 Reaktionen Russlands auf das Energieembargo der EU

7. Ein kurzer Ausblick auf eine ungemütliche Zukunft

- 7.1 Über die Nachhaltigkeit von Energiesparmaßnahmen
- 7.2 Hinaus mit den Russen
- 7.3 Dreierlei ist zu fordern
- 7.4 Die Grenzen jeglicher Liberalisierung der Energiemärkte

8. Einleiten des Volksbegehrens „Rettung unserer Sparbücher“

0. Vorbemerkungen

Ein Flüchtlingsansturm (Wirtschaftsflüchtlinge sowie Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine), fast doppelt so viele wie 2015, die Covid-19-Pandemie in ihrem dritten Jahr, eine Inflationsrate – nunmehr bereits im zweistelligen Bereich - sowie eine Energiekrise mit Preissteigerungen beispielsweise beim Erdgas um das Zehnfache und sogar mehr gegenüber den Preisen vor zwei Jahren sowie möglicherweise Rationierungen von Erdgas oder vielleicht sogar Strom-Abschaltungen im kommenden Winter bilden für unsere Bundesregierung viele offene Herausforderungen, für deren Lösung keine in der Öffentlichkeit bekannten und durchdachten Pläne gibt, sondern nur einen hektischen Adhoc-Aktionismus.

Die 5-Sterne-für-Österreich versuchen in der vorliegenden Abhandlung, die Hintergründe der derzeitigen Energiekrise auszuleuchten und zudem Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die hiermit zur Diskussion gestellt werden.

Der nun folgende kleine Fragenkatalog soll einen ersten Überblick über die in dieser Ausarbeitung behandelten Themen bieten:

(1) Österreich, wiewohl kein ehemaliges Ostblockland, geriet wie all die Länder im sowjetischen Herrschaftsbereich in eine massive Abhängigkeit von russischem Erdgas – schlussendlich bis zu 90 Prozent. **Warum wurde aber in Österreich diese Abhängigkeit nach 2014 – Besetzung der Halbinsel Krim durch Russland - noch weiter vertieft und nicht wie in anderen Ländern abgebaut?**

(2) **Welche Rolle kommt der Oesterreichischen Mineralölverwaltung (OMV), vormals bis 1956 Sowjetische Mineralölverwaltung, bei der einseitigen Ausrichtung der österreichischen Gaswirtschaft auf Russland zu?**

(3) **Wie kommt es, dass drei ehemalige Bundeskanzler auf der „playlist“ russischer Staatskonzerne sowie russischer Oligarchen zu finden waren?**

(4) Österreich verfügt - einzigartig in Europa – über Erdgasspeicher, deren Kapazität dem Jahresbedarf unseres Landes an Erdgas entspricht. Deutschlands Gasspeicher beispielsweise decken den Jahresbedarf des Landes nur zu 16 Prozent. **Die Frage ist allerdings: Wieviel Erdgas wird aus den in privaten Händen befindlichen Erdgasspeichern, die mit Erdgas privater Lieferanten befüllt wurden, im heurigen Winter in die heimischen Leitungsrohre fließen? Und zu welchem Preis?**

(5) **Wie haben sich die Gaspreise während der letzten zwei Jahre auf den internationalen Spotmärkten für Naturgas entwickelt?**

- (6) Welche Alternativen zum russischen Gas bieten sich an: algerisches Gas über Pipelines, Flüssiggas (LNG) aus den USA und Katar, Verflüssigen von Solarenergie zu Wasserstoff, Ausbau erneuerbarer Energien sowie Erschließung und Ausbeutung heimischer Schiefergasvorkommen?**
- (7) Welche Folgen hat die Liberalisierung der Energiemärkte – vor allem bei der Preisbildung – durch die EU gezeitigt?**
- (8) Und wie war die Gegenstrategie Russlands – d. h. von Gazprom – auf die Deregulierung der Gasmärkte durch die EU: Vertikaler Vertrieb, Monopol auf die Transportwege (Pipelines) sowie langfristige Verträge mit den Kunden?**
- (9) Welche Pläne bestehen seitens unserer Bundesregierung, um mittel- und langfristig eine Gasversorgung zu vertretbaren Preisen für Haushalte und Wirtschaft zu gewährleisten?**
- (10) Wie können die Österreicher nachhaltig zum Energiesparen angehalten werden – und zwar durch eine auf dem jeweiligen Gas-Zählerstand basierende Deckelung des Gaspreises?**
- (11) Führten die westlichen Sanktionen gegen Russland zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung seiner Wirtschaftsleistung?**
- (12) Sollte in Österreich eine Volksabstimmung über die Aufhebung der westlichen Sanktionen durchgeführt werden?**

1. Erdgas – eine Schlüsselenergie

1.1 Allgemeine Überlegungen

“Laut einer Modellrechnung des Brüsseler Thinktanks Bruegel droht den Europäern im Winter das Gas auszugehen, wenn die Lieferungen durch North Stream1 nicht wieder aufgenommen werden. Demnach würden die Speicher EU-weit im März des kommenden Jahres leer laufen. In Deutschland (und vermutlich auch in Österreich) sogar bereits im kommenden Februar. Um dies zu verhindern, müssen die einzelnen EU-Staaten ihren Verbrauch um durchschnittlich elf Prozent gegenüber vergangener Jahre senken. Deutschland müsste sogar doppelt so viel einsparen: 22 Prozent.“ (entnommen aus DER SPIEGEL, 30. 7. 2022)

Und für unser Land müsste die Einsparungsquote bei 25 Prozent und mehr liegen, da seine Abhängigkeit von russischem Gas **mit 80 Prozent(!)** bis zum 24. Februar 2022, dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, und von 50 Prozent aktuell - im September 2022 - ungleich größer als von Deutschland war und immer noch ist.

Es soll auch hinterfragt werden, warum unser Land – gleichsam wie ein ehemaliger Ostblockstaat – in diese fatale russische Abhängigkeit bei der Versorgung mit Erdgas geriet, aber auch anders als viele von ihnen sich nach 2014 – Besetzung der Krim durch Russland – nicht daraus befreite, sondern deren Abhängigkeit sogar noch verstärkte.

Es soll auch nach Antworten auf die Frage gesucht werden, warum eines der wichtigsten Prinzipien für einen „vorsichtigen“ Kaufmann - nämlich die **Diversifizierung der Lieferanten**, um eine Monopolstellung zu verhindern - so sträflich vernachlässigt wurde.

1.2 Erdgasverbrauch in der EU

Der europäische Bedarf an Erdgas ist gewaltig – und zwar um die 500 Milliarden m³ jährlich. Im Vergleich dazu sind die Größenordnungen in unserem Land ungleich bescheidener dimensioniert: nicht mehr als zwölf Milliarden m³ jährlich.

Den Hauptteil davon, nämlich um die 40 Prozent verbraucht die Industrie. Sowohl als Energiequelle als auch Rohstoff in der Chemieindustrie. Dabei stechen drei Branchen hervor: die chemische Industrie sowie die Papier- und Glasindustrie.

Weitere 30 Prozent dienen der Stromerzeugung bzw. gehen in die Heizwerke. Russischen Liefereinschränkungen zum Trotz musste Deutschland 2022 mehr Erdgas verstromen als die Jahre zuvor, weil das Land im heurigen Sommer mit Stromlieferungen für den Ausfall französischer Atomkraftwerke wegen des historischen Wasser-Tiefstandes in den französischen Flüssen aushelfen musste.

Nicht mehr als 20 Prozent entfallen auf die Haushalte. Fast die Hälfte der deutschen Haushalte (49 Prozent) wird mit Gas beheizt. Für Österreich dürften ähnliche Werte ausgewiesen werden.

Die nun folgende Tabelle zeigt die unterschiedliche Ausrichtung europäischer Länder auf Naturgas.

An ihrer Spitze sind die Niederlande zu finden, die auch über die ergiebigsten Erdgasquellen in der EU verfügen. Ihr Verbrauch lag 2021 bei 80.76 Terajoule pro 1.000 Einwohner.

Aber was ist eigentlich ein Joule oder sogar ein Terajoule? Mit einem Joule kann eine Masse von 0,102 Kilogramm (dies entspricht in etwa dem Gewicht einer Tafel Schokolade) eine Strecke von einem Meter bewegt werden. Und eine Terajoule ist dann eine Eins mit zwölf Nullen, die daran gehängt werden.

Damit kann der Energieverbrauch von den unterschiedlichsten Energieträgern vergleichbar gemacht werden.

Wenn auch einer einzelnen Zahl in Terajoule keinerlei Aussagekraft zukommt, so ist sie doch im Vergleich sehr aufschlussreich.

Eine kurze Interpretation markanter Ergebnisse: Die Niederlande sind nicht nur mit Abstand das größte Verbraucherland in der EU von Erdgas (fast doppelt so hoch wie Deutschland und Österreich), sie sind auch dessen größter Importeur.

Hoch ist auch der Erdgas-Verbrauch in Belgien, Luxemburg, Italien, Ungarn und Norwegen.

Deutschland und Österreich liegen an siebenter und neunter Stelle in der Rangreihung hinsichtlich des Verbrauches von Erdgas – bezogen auf jeweils 1.000 Einwohner.

An 28. – und letzter – Stelle auf dieser Liste ist Schweden zu finden, obwohl dieser Staat viel Gas verbraucht. Die vier Atomreaktoren an drei Standorten sind eine mögliche Erklärung hierfür.

Dies gilt auch für die anderen Länder, die auf der hinteren Rängen auf dieser Tabelle zu finden sind: Finnland, Slowenien und Schweiz. Beispielsweise verbrauchte Österreich 2021 drei Mal so viel Erdgas wie die Schweiz.

Dänemark hat – bezogen auf 1.000 Einwohner – einen geringen Verbrauch an Naturgas. Das Land ist zudem ein Selbstversorger mit Naturgas. Es betreibt aber keine Atomkraftwerke. Die wichtigste Energiequelle ist die Windenergie. Schon heute wird die Hälfte des Stroms mit Windenergie erzeugt. Bis 2050 soll der gesamte Energiebedarf in allen Sektoren aus Erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden. So ist zumindest der Plan.

**Verbrauch von Erdgas 2021 insgesamt
und pro 1.000 Einwohner in Terajoule
in Europa**

Rangrei- hung/ Stelle	Land	Verbrauch in Terajoule ins- gesamt	Einwohner- zahl 2021	Verbrauch in Terajoule pro 1.000 Einwoh- ner
1.	Niederlande	1.411.354,72	17.475.415	80,76
2.	Belgien	707.172,70	11.566.041	61,14
3.	Luxemburg	31.351,50	634.730	49,39
4	Italien	2.910.127,50	59.257.566	49,11
5	Ungarn	432.154,00	9.730.772	44,41
6	Norwegen	233.283,80	5.391.369	43,27
7	Deutschland	3.582.609,44	83.155.031	43,08
8.	Irland	203.629,10	5.006.907	40,67
9.	Österreich	360.176,12	8.932.664	40,32
10.	Slowakei	211.715,00	5.459.781	38,78
11.	Tschechien	362.780,96	10.701.777	33,90
12.	Litauen	87.284,00	2.795.680	31,22
13.	Spanien	1.368.828,27	47.394.223	28,88
14.	Malta	14.845,33	516.100	28,76
15.	Kroatien	114.117,90	4.036.355	28,27
16.	Frankreich	1.737.273,54	67.439.599	25,76
17.	Rumänien	465.597,30	19.186.201	24,27
18.	Griechenland	253.471,22	10.682.547	23,73
19.	Lettland	44.857,86	1.893.223	23,69
20.	Polen	848.095,94	37.840.001	22,41
21.	Portugal	230.529,04	10.298.252	22,39
22.	Bulgarien	132.124,29	6.916.548	19,10
23.	Dänemark	108.747,74	5.840.045	18,62
24.	Finnland	98.946,00	5.533.793	17,88
25.	Slowenien	36.061,11	2.108.977	17,10
26.	Schweiz	122.200,00	8.667.088	14,10
27.	Estland	17.514,00	1.330.068	13,17
28.	Schweden	52.941,86	10.379.295	5,10

Quelle: EUROSTAT: Energieverbrauch und Bevölkerung sowie eigene weiterführende Berechnungen

2 Alternativen zum russischen Erdgas

2.1 Wer bietet sich als Ersatz an?

Wie bereits ausgeführt verbraucht die EU Jahr für Jahr um die 500 Milliarden Kubikmeter Naturgas. Die Hauptlieferanten in die EU waren bisher Russland mit 34 Prozent, Norwegen mit 24 Prozent, Algerien mit 11 Prozent, Flüssiggas (LNG) – vornehmlich aus den USA - mit 13 Prozent und durch eigene Förderung mit 17 Prozent.

Die Frage, die sich hierorts stellt, ist die nach schlüssigen Exit-Strategien, um sich aus der Abhängigkeit von russischem Gas zu befreien.

Jährlich könnten ungefähr 166 Milliarden Kubikmeter Erdgas ersetzt werden – und zwar durch 40 bis 50 Mrd./m³ aus Algerien, des Weiteren durch ungefähr 20 Mrd./m³ aus Norwegen, obwohl die norwegischen Gasfelder bereits weitgehend erschöpft sind, und durch 130 Mrd./m³ durch Flüssiggas (LNG) – und zwar vornehmlich aus den USA und Kanada.

Es bieten sich aber – langfristig gesehen - weitere Lieferanten an: Länder in der Kaspischen Region, Iran, Naher Osten - vor allem Katar, um nur die wichtigsten alternativen Förderländer zu nennen.

Die offensichtliche Crux, einen raschen Ersatz für das russische Erdgas zu finden, gründet sich folglich nicht an dem zu geringen Angebot, sondern ist dem Umstand geschuldet, das Gas von den Produzenten zu den Konsumenten zu transportieren.

Dabei ist augenfällig, dass seit 2013 in der EU die Abhängigkeit von russischem Gas zunahm, wiewohl einzelne Länder wie Polen und die baltischen Staaten erfolgreich dagegen steuerten.

Die Internationale Energieagentur (IEA) hat nämlich für das Jahr 2013 erhoben, dass damals nicht mehr als 30 Prozent des europäischen Gasverbrauches aus den russischen Erdgasquellen stammten. Im Jahr 2019 waren es bereits 47 Prozent. (Quelle: Industriemagazin, 21. 7. 2022, Russland-Gas – so ist die Lage in der EU).

Der Verbrauch stieg aber nur geringfügig. Da in der EU die Eigenproduktion um mehr als die Hälfte sank, sprang Russland ein und füllte mit Elan diese Lücke. **Was daher einzelnen Ländern in der EU (vor allem Österreich) vorzuwerfen ist, dass sie sich damals nicht um alternative Lieferanten bemühten.**

2.2 Die algerische Chance

Das Interesse Europas am algerischen Gas war bisher denkbar gering. Lediglich die beiden Länder auf der iberischen Halbinsel wie auch Italien ließen sich über eigene Pipelines versorgen. Eine Pipeline führt von der größten Gasanlage Afrikas, Hassi R'Mal, über Tunesien direkt nach Italien. Italien war bisher nur zu 25 Prozent von russischem Gas abhängig. **Österreich - nur zur Erinnerung - bis zu 90 Prozent!**

Algerien avanciert nunmehr als die regionale Alternative zum russischen Erdgas. Zumal die norwegischen und britischen Erdgasfelder weitgehend erschöpft sind und die Erdgasfelder in Katar erst nach langjährigen Erschließungskosten sprudeln.

Algerien liegt – gemessen an der weltweiten Erdgasproduktion – an neunter Stelle. Seine Ressourcen – vor allem von Schiefergas - liegen aber bei 4,6 Billionen Kubikmeter.

Algerien bietet sich auch aus einem weiteren Grund als eine Alternative zum russischen Gas an: **Naturgas ließe sich auch durch den aus der Solarenergie gewonnenen Wasserstoff ersetzen.**

Aber für Algerien gilt das Gleiche wie anderswo: Die Abnehmer müssen sich an der Erschließung neuer Gasfelder finanziell beteiligen. Kurzfristig geht in diesem Geschäft gar nichts!

Für Algerien spricht auch seine politische Stabilität, die sich aber auf die eisernen Bajonette einer brutalen Militärjunta stützt.

2.3 Flüssig-Gas aus den USA und Katar

Jenseits jeglicher Umweltschutzbedenken und einschlägiger Gesetze bei der Gewinnung von Schiefergas sind die USA zum weltgrößten Energie-Exporteur aufgestiegen.

Das amerikanische Gas kann aber nicht über Pipeline, die ungleich weniger CO² verursachen, transportiert werden, sondern nur in verflüssigter Form (LNG).

Bis 2030 planen die Amerikaner ihre LNG-Kapazität zu verdoppeln. Die Kosten für die Produktion von LNG-Gas sind aber sicherlich doppelt so hoch wie beim Pipeline Gas.

Es sind nämlich mehrere Zwischenschritte mit verschiedenen eigenständigen Unternehmen, die aber alle einen satten Gewinn einstreifen wollen, notwendig: bei der Förderung (Exploitation), beim Verflüssigen, beim Transport per Schiff, beim Vergasen wiederum und beim Transport über Pipelines zu den Lieferanten an die Konsumenten.

Deutschland lässt inzwischen auf eigenem Boden mehrere LNG-Vergasungsstationen errichten. Österreich hat aber dieses Problem, einer eigenen LNG-Vergasungsstation, an der Oberen Adria beispielsweise, noch nicht einmal angedacht. Was eigentlich sehr schade ist.

Bis jetzt wurde vor allem Westeuropa über Rotterdam mit Flüssiggas versorgt. Und zwar ein Drittel des gesamten europäischen Energiebedarfes (Kohle, Erdöl und Erdgas) wird über diesen, den größten Hafen Europas importiert.

Bereits im Oktober 2017 wurde in Litauen für norwegisches Gas die erste schwimmende Flüssiggasstation (LNG) errichtet, um die Abhängigkeit der baltischen Staaten von russischem Erdgas zu verringern. Bis 2013 war nämlich Litauen zu 100 Prozent von russischem Gas abhängig.

Andere baltische Staaten wie beispielsweise Estland folgten. Eine Pipeline nach Finnland schloss auch dieses Land an das EU-Verteilernetz an. Dies war 2017 eine eindeutige wie auch konsequente Antwort der baltischen Staaten auf die russische Besetzung der Krim drei Jahre zuvor.

Und wie lautete damals die Antwort Österreichs? Eine noch stärkere Bindung an das russische Gas. Waren wir damals nur naiv oder standen dahinter ganz andere finstere Kräfte, die uns in diese fatale Abhängigkeit brachten? Das ist hier die Frage!

Als die LNG-Flüssiggroßmacht entpuppt sich aber Katar, das sich mit dem Iran das größte Erdgasfeld der Welt über 381 Billionen Kubikfuß teilt: das North und South-Gas-Field. 30 Prozent der weltweiten LNG-Fördermenge stammt aus Katar. Das LNG-Gas macht derzeit bereits 75 Prozent des katarischen Umsatzes aus. Es verwundert daher nicht, dass Katar die Fördermenge deutlich erhöhen will. Allerdings nur mit einer deutlichen Kostenbeteiligung seitens der Abnehmerländer bei den Erschließungskosten der Gasfelder.

2.4 Solarenergie zu Wasserstoff verflüssigt

Bei den derzeit hohen Energiepreisen, die in der einen oder anderen Form noch länger bestehen bleiben werden, gewinnt die Verflüssigung von Solarenergie zu Wasserstoff eine neue Aktualität. Sie beginnt sich daher betriebswirtschaftlich zu rechnen - und könnte dann „à la longue“ das Erdgas ersetzen.

Mit Strom kann man nämlich bestimmte Technologien wie Hochöfen, Glasschmelzen oder Zementfabriken, wo hohe Betriebstemperaturen erforderlich sind, nicht betriebsfähig halten. Dazu bedarf es einer Befeuerung durch Gas.

Die Arabischen Emirate wie auch Australien, wiewohl doch beide Länder große Energie-Exporteure sind (Erdöl sowie Erdgas in den Emiraten und Kohle sowie Uranerz in Australien) setzen auch diese Länder auf eine neue gewinnversprechende Technologie – und zwar auf die Verflüssigung von Solarenergie in Wasserstoff.

2.5 Förderung von Erdgas in der EU

In der EU sind nur die Niederlande – und zwar bis zu 174 Prozent bezogen auf ihren jährlichen Jahresbedarf - und Dänemark Selbstversorger von Erdgas. In den anderen Ländern liegt der Selbstversorgungsgrad zwischen einem und etwas über 50 Prozent: 53 % in Großbritannien, 34 % Polen, nicht mehr als 15 % in Deutschland und Österreich, jeweils ein Prozent in Frankreich und Luxemburg.

In Europa gibt es aber ein großes Angebot an Schiefergas. Österreich – und zwar im Weinviertel („Gasviertel“ auch genannt) sowie Deutschland könnten ihren Gasbedarf für 30 Jahre (!) decken. Die Kosten wären allerdings ungleich höher als die Lieferung von Naturgas über Pipelines.

Voraussetzung hierfür ist aber ein hoher Gaspreis wie auch eine etwas lockere Auslegung der strengen Umweltschutzgesetze in den beiden Ländern. Die Grünen in Deutschland haben daher jeglicher Gewinnung von Fracking-Gas im eigenen Land eine klare Absage erteilt. Österreichs Grüne würden sich sicherlich auch dagegen aussprechen.

Dies alles erinnert mich an meine Kindheit als ein Berliner Junge in seinem Kärntner Ferienort partout keine Milch direkt vom Bauernhof trinken wollte, sondern nur die „saubere“ von der Molkerei.

Daher ein großes Pfui zur Schiefergas-Gewinnung im eigenen Land, sei sie auch eine wirkungsvolle Alternative zum russischen Erdgas. Ganz toll ist hingegen das „saubere“ Fracking-Gas aus den USA zu werten.

Der OMV ist aber derzeit das Thema noch zu heiß. Außerdem passt Fracking nicht mehr ganz in ihre Konzernstrategie. Dieser zufolge soll nämlich bis 2030 die Erdöl- sowie Erdgasförderung zu einem Fünftel und bis 2050 völlig eingestellt werden.

Die OMV verweist auch auf die langen Vorlaufzeiten hinsichtlich ihrer Gewinnung hin und vergleicht sie – so der neue Chef der OMV - mit einem 92-Jährigen, der noch ein Haus errichten will.

„Sag aber niemals nie!“ Sollten allerdings eindeutige nationale Interessen bestehen und auch der Preis(!) stimmen, dann würde sich die OMV diesem Ansinnen sicherlich nicht verschließen.

Die mit chemischen Mitteln sowie mit kontaminiertem Wasser verseuchten Grundwässer sowie Böden könnten aber mit einer neuartigen Technologie weitgehend neutralisiert werden. So wäre hier in erster Linie das sogenannte Propangas-Fracking zu nennen, das ohne Wasser durchgeführt werden kann. Hierbei kommt verflüssigtes Propan zum Einsatz, welches aber nach der Förderung von Erdgas vollkommen verdampft. Die Kosten für diese Methode sind aber 1,5-mal höher als beim Hydraulic-Fracturing.

Da die Gewinnung von Schiefergas in Europa in bewohnten Gebieten erfolgen muss, verbleibt aber die Gefahr tektonischer Verschiebungen und Schäden an Gebäuden in diesen Gebieten. Siehe dazu das abschreckende Beispiel des niederländischen Gasfeldes, Groningen, an der Grenze zu Deutschland.

Es gilt daher politisch und wirtschaftlich abzuwägen: Unsichere Energieversorgungen aus politisch instabilen Ländern (Zur Erinnerung die Erpressung westlichen Industrieländer 1974 durch die erdölfördernden OPEC-Länder wegen Israel) oder eine sichere heimische Energiegewinnung mit allfälligen Abstrichen im Umweltschutz.

Hierzu ein kleines Beispiel zum Nachdenken: Im östlichen Mittelmeer werden große Erdgasfelder vermutet. Israel hat bereits verfügt, dass 40 Prozent des israelischen Anteiles im Land verbleiben müssen und nicht exportiert werden dürfen. **Nationale Energiesicherung nennt man dies!**

2.6 Erneuerbare Energien

Selbst, wenn auf jedem Acker oder Feld in Österreich ein Windrad installiert und auf jedem Dach – inklusive auf jeder Hundehütte – ein Solarpanel montiert wird, bleibt Österreich ein Energie-Importland. 46 Milliarden Kubikmeter Erdgas in Deutschland und 9 Milliarden Kubikmeter in Österreich jährlich lassen sich nicht so einfach ersetzen.

Es muss auch mit aller Klarheit gesagt werden, dass sicherlich nicht vor 2050 ein völliger Verzicht auf fossile Brennstoffe möglich sein wird, wenn man den Status eines Industrielandes und die derzeitige Mobilität aufrecht halten will.

In Deutschland besteht aber der Plan, der noch immer nicht modifiziert wurde, dass bis 2030 – also in etwas mehr als sieben Jahren - 80 Prozent des Energiebedarfes von erneuerbaren Energien stammen soll. Für Österreich gelten sicherlich ähnliche Richtwerte. **Dabei können erneuerbare Energien nur helfen, die fossilen Brennstoffe und den Atomstrom abzusichern.**

Klaus Woltron schrieb in seiner sonntäglichen Kolumne in der Kronenzeitung, dass Biogas den Gasbedarf in unserem Land nur zu zehn Prozent decken könnte.

3. Energiepolitik

3.1 Die Deregulierung der Energiemärkte

Bereits um die Jahrtausendwende, noch vor der Liberalisierung der Energiemärkte durch die EU, konnten sich die Akteure bezüglich der Transportwege für ihr Gas frei entscheiden. Nach der Energierechtsnovelle 1998 in Deutschland (in Österreich 2001) durften auch die Verbraucher frei ihre Lieferanten auswählen.

Im Jahr 2003 erließ die EU-Kommission eine Energierichtlinie, die Versorgungsmonopole als gesetzwidrig einstufte. Außer dann, wenn ein Wettbewerb nicht sinnvoll bzw. nicht möglich war. Beim Erdgas waren es eben die regionalen und überregionalen Verteilernetze.

Die Liberalisierung des Gasmarktes in der EU entfaltete sich ab 2004, wurde 2009 mit dem Dritten Energiepaket präzisiert und 2011 in Kraft gesetzt.

Es sollte strikt zwischen Erdgas-Förderung, Netzbetrieb und Gasversorger getrennt werden. Das Ziel, das sich dahinter verbarg, war - im Sinne des Neoliberalismus – den bis dahin staatlich dominierten Gasmarkt zu zerstören und die Gasversorgung und die Gaspreise dem freien Spiel des Marktes zu überantworten. Die Liberalisierung führte aber nicht zu einer Verbilligung der Energie und ist jetzt zwanzig Jahre später an ihre Grenze gestoßen. Die Liberalisierung der Energiemärkte war zudem eindeutig gegen die russische Energiepolitik gerichtet.

3.2 Die Erdgasstrategie von Gazprom

In den letzten zwanzig Jahren betrieb Russland eine Gaspolitik, die einen totalen Gegenentwurf zur Deregulierung durch die EU darstellte.

Ihre dabei erfolgreich eingesetzten Waffen waren ...

A. Vertikaler Vertrieb

B. Monopol auf die Vertriebsnetze (eigene Pipelines)

C. langfristige Vertragspolitik

Ad A. Vertikaler Vertrieb:

Es war das strikte Bestreben von Gazprom und anderer russischer Energieunternehmen, sich voll in den europäischen Energiemarkt zu integrieren.

So betrieb Rosneft, Russlands zweitgrößter Energiekonzern, bis März 2022 in der brandenburgischen Stadt Schwedt eine eigene Raffinerie mit einer eigenen Zuleitung, der Druschba-Pipeline, direkt aus Russland, die Ostdeutschland sowie Berlin mit Benzin versorgte.

Ein weiteres Beispiel dazu: Eine Gazprom-Tochter betrieb in Haidach Österreichs größten Erdgasspeicher. Weitere Gazprom-Gasspeicher gab es auch in anderen EU-Ländern.

Des Weiteren gründeten russische Energieunternehmen Joint-Ventures mit europäische Unternehmen. Beispielsweise mit dem großen deutschen Energieunternehmen „Wintershall“, wo bereits eine mehr als zwanzigjährige innige Partnerschaft besteht.

Auch Österreichs größter Energiekonzern, die Österreichische Mineralölverwaltung (OMV), vormals bis 1955 Sowjetische Mineralölverwaltung, ist immer noch in vielfältigster Weise mit der russischen Energiewirtschaft verbunden.

Ein kleiner Auszug dieser OMV-Verflechtungen, die bereits in der Öffentlichkeit bekannt wurden: eine stolze Eine-Milliarde-Euro-Beteiligung an der russischen Erdgaspipeline, Northstream 2, sowie eine ebenso hohe Beteiligung am russischen Gasfeld Juschno Russkoje (24,99 Prozent). Beide Beteiligungen – insgesamt zwei Milliarden Euro - müssen nunmehr wertberechtigt werden.

Der österreichische Staat ist an der OMV nur mehr mit 31,5 Prozent beteiligt. Genau so weit reicht nach dem Aktienrecht auch sein Einfluss auf die Unternehmensstrategie der OMV. Volles Informationsrecht, aber nicht mehr! **Dessen muss man sich immer bewusst sein, wenn man die OMV in eine nationale Energiesicherung einbinden will.**

Dem neoliberalen Zeitgeist folgend wurde die OMV als Unternehmen privatisiert und in einen „Shareholder“ umgewandelt, der sich als Aktiengesellschaft nur mehr den Interessen seiner Aktionäre, d. h. hoher Dividenden, verpflichtet fühlt.

Im Gegensatz dazu ist ein „Stakeholder“ zu sehen, dem seine Obsorge seiner Heimatregion (bei der OMV war dies das Weinviertel) und seiner Belegschaft gilt.

Prof. Klaus Schwab, Gründer und Executive Chairman des Weltwirtschaftsforums, sieht in der Rückkehr zu einem Stakeholder-Kapitalismus eine erfolgversprechende Antwort auf den durch den Neoliberalismus hervorgerufenen „Bankrott“ des globalen Wirtschaftssystems, das von sozialen und wirtschaftlichen Umbrüchen und mangelnder Nachhaltigkeit geprägt ist.

Mehr dazu ist dem Buch von Klaus Schwab „Stakeholder Kapitalismus – Wie muss sich die globale Welt ändern, damit sie allen dient?“, Wiley-Verlag, deutsch: 2022, zu entnehmen.

Aber Dank der exorbitant gestiegenen Energiepreise dürfte die OMV das russische Abenteuer unbeschadet überstehen. So betrug nämlich ihr Cash-Flow im ersten Quartal 2022 aus dem Erdgas- und Erdölgeschäft stolze 1.768 Millionen Euro (Neue Zürcher Zeitung).

Folgendes Bild ist daher durchaus zutreffend: Russland hat wie eine Krake die europäische Energiewirtschaft mit ihren vielen Tentakeln umschlungen. Es bedarf wahrlich eines Herkules, diese Fangarme wieder abzuschneiden.

So beklagte sich das ehemalige OMV-Vorstandmitglied, Gerhard Roiss in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, am 6. September 2022, darüber, dass es in der OMV eine eigene „Russenfraktion“ gab, die eine immer stärkere Anbindung an Russland betrieb. **Seine Bemühungen nach einer Diversifizierung der Lieferanten (norwegisches Gas) endeten mit einer Kündigung seines Vertrages mit der OMV. Soweit seine Aussagen!**

Besiegelt wurde diese völlige Auslieferung nationaler österreichischer Interessen an Russland mit der Unterzeichnung eines umfassenden Gas-Vertrages mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2040 durch den Gazprom-Vorstand Alexsej Miller und OMV-Vorstand Rainer Seele in Anwesenheit des russischen Präsidenten Wladimir Putin und des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz in Wien am 5. März 2018.

Dafür und zudem für noch ganz andere Fehlentscheidungen der OMV wie beispielsweise die Beteiligung am Bau von North Stream 2 sowie der völlig überbezahlte Kauf eines bereits weitgehend erschöpften norwegischen Gasfeldes hat 2020 der ehemalige Vorstandsvorsitzende, Rainer Seele, für seine Tätigkeit in seinem letzten vollen Arbeitsjahr, stolze 7,24 Millionen Euro kassiert. Er hat auch einer Vorladung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht Folge geleistet. **Warum auch?**

Es wäre daher hoch an der Zeit, einem Vorschlag der 5-Sterne-für-Österreich bezüglich des Abschöpfens der Einkommen von mehr als dem Zwanzigfachen eines jährlichen Durchschnittseinkommens brutto in der Höhe von € 36.960,-- (14 Mal € 2640,--) nachzukommen. Es sollte zu einer Rückkehr zur Entlohnung der Manager wie in Deutschland der 1980er Jahre kommen - und nicht das fast 200-fache wie im Fall Seele und Anderer. Das sind ja bereits amerikanische Verhältnisse!

Dazu bedürfte es lediglich einer einfachen Änderung des Einkommensteuergesetzes (EStG §19: Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit), die aber dazu führe, dass beispielsweise alle Beträge in dieser Einkunftsart, welche die 750.000-Euro-Grenze jährlich überschreiten, um genau diesen Betrag mit 100 Prozent zu versteuern sind.

Ad B. Monopol auf die Vertriebswege:

Die EU verbietet Monopolbildungen. Mit einer einzigen Ausnahme, wenn ein Wettbewerb in der jeweiligen Wertschöpfungskette weder sinnvoll noch möglich ist. Beim Erdgas sind es die regionalen und überregionalen Verteilernetzwerke (Pipelines), die zumindest einer einheitlichen Regelung bedürfen und daher eine Monopolbildung begünstigen.

In den 1960er Jahren hat Russland begonnen ein Pipelinenetz zu seinen europäischen Abnehmern aufzubauen. Bereits 1968 hat die OMV als erstes westliches Unternehmen einen Gasvertrag mit Russland abgeschlossen.

Wer weiß heute noch, dass damals die Wiener Haushalte ihr Gas für ihre Gasherde von den Wiener Stadtwerken, die Kohle in Gas umwandelten, bezogen. Wer heute über die Autobahn A4 nach Wien fährt, kann die damaligen großen Gasspeicher – vier 70 Meter hohe und 60 Meter breite zylindrischen Behälter, „Gasometer“ genannt, nicht übersehen, die zur Einlagerung des im Kraftwerk Simmering erzeugten Stadtgases dienten.

Zu Beginn des russischen Gashandels mit Westeuropa stand westdeutsches Know How für russisches Gas: „**Röhren für Gas**“. Die darauf folgende Losung, die aber schlussendlich am 24. Februar 2022 totalen Schiffbruch erlitt, hieß dann „**Wandel durch Handel**“.

Die ersten Pipelines – unter anderem die Yamal-Pipeline - führten über die Ukraine oder Weißrussland nach Polen sowie über die Slowakei und Ungarn nach Mitteleuropa. In der Folge kamen dann Leitungen über die Türkei (Turkstream) sowie über die Ostsee mit Northstream 1 und 2 hinzu.

Vor allem die beiden letzteren Leitungen, wobei Northstream 2 erst nach der Annexion der Krim durch Russland errichtet wurde, waren rein politische Projekte und dienten lediglich der Umgehung der Ukraine und ihrer Erpressung. **Energiewirtschaftlich waren sie nicht notwendig!**

Die Länder in der EU sind mit einem dichten Verteilernetz überzogen. So erhielt bzw. erhält unser Land sein inzwischen rares russisches Erdgas über die Transgas-Pipeline aus der Slowakei sowie von Northstream-1 über eine eigens dafür errichtete Verbindung.

In den letzten Jahren hat Russland immer wieder seine Erdgaslieferungen von politischem Wohlverhalten seiner Partner abhängig gemacht. Im Jahr 2000 wurde die Ukraine und vier Jahre danach Weißrussland durch Liefersperren und drastischen Preiserhöhungen mit unterschiedlichem Erfolg gezwungen, sich wiederum in die „Russki Mir“ (Russische Welt) einzugliedern.

Ad C. Langfristige Lieferverträge:

Die stärksten Hebel hatte aber Russland bei jenen Ländern mit der größten Abhängigkeit von russischem Gas. Dazu zählten: Finnland, Lettland, Slowakei, Ungarn, aber auch Österreich. Ihre Abhängigkeit lag zwischen 80 und 100 Prozent.

Mit langfristigen Lieferverträgen wurden die Länder an das russische Gas gebunden. Allerdings wurden die Vertragsbestimmungen unterschiedlich ausgestaltet. Je nach Einschätzung ihrer politischen Zweckmäßigkeit für Russland verschieden.

Diese „langfristigen“ Erdgas-Verträge waren mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren und mehr ausgestaltet.

Es konnten bis zu 80 Prozent der vereinbarten Liefermenge fix gebucht werden, es gab zudem moderate Preisanpassungen und allen politischen Wirren in der Welt zum Trotz wurde fast fünfzig Jahre lang prompt und vertragsgetreu geliefert.

Dies waren – und dies ist durchaus nachvollziehbar – äußerst gewichtige Argumente, die zugunsten russischer Erdgaslieferungen nach Österreich vorgebracht werden können.

So haben die österreichischen Gasverträge mit Russland eine Laufzeit bis zum Jahr 2040. Der neue OMV-Chef, Alfred Stern, äußerte sich daher sehr verhalten zur Anfrage der Neuen Zürcher Zeitung, welche Ausstiegsklauseln in den Gasverträgen mit Russland enthalten sind.

Es verwundert daher auch nicht, dass Deutschland und Österreich in der Vergangenheit wenig Lust verspürten, sich dem neoliberalen Gasmarktregime der EU und der Amerikaner mit ihrem teuren und umweltschädigenden Fracking-Gas auszuliefern.

Ganz anders hingegen reagierten die direkten Anrainerstaaten zu Russland. Spätestens seit 2014 – nach der Annexion der Krim – war es den meisten osteuropäischen und baltischen Staaten klar, dass eine Abkehr von russischem Gas ein dringendes Gebot der Stunde ist.

3.3 Gasnotfallpläne – in der EU und in Österreich

Politiker und Menschen in vielen Ländern Europas gaben sich der trügerischen Hoffnung hin, dass sich die russische Energiepolitik ausschließlich an betriebswirtschaftlichen Kennziffern orientiere.

Die Anrainerstaaten Russlands wussten dies seit langer Zeit besser, für uns in Mitteleuropa gab es erst nach dem 24. Februar 2022 ein böses Erwachen.

Es kam es zu einer schrittweisen Verringerung der Liefermengen auf 40 Prozent, danach auf 20 Prozent und derzeit (6. September 2022) zu einem völligen Versiegen der Pipeline „Northstream1“, an die auch Österreich angebunden ist.

Von russischer Seite wird als Begründung wiederum ein technisches Gebrechen an einer Siemensturbine angeführt, die zwar unlängst in Kanada repariert und als vollkommen betriebsbereit bereits wieder an Gazprom ausgeliefert wurde.

Stattdessen lodern die Flammen in der Verdichter-Station bei St. Petersburg in den Himmel, die selbst vom Weltraum aus wahrgenommen werden können. Angeblich wird Tag für Tag Erdgas zum Marktwert von ungefähr 16 Millionen Euro verbrannt.

Über Pipelines transportiertes Gas kann nämlich nicht so einfach umgeleitet werden, Russland verfügt aber über nur wenige LNG-Stationen und eine zweite Erdgas-Pipeline nach China wird zwar gebaut, aber dies dauert. Ein Stilllegen von Erdgasfeldern ist aber technisch nicht so einfach zu bewerkstelligen.

Über die **Transgaslinie**, die über die Ukraine Gas nach Österreich transportiert, wurde aber bisher diese Fehlmenge nicht ausgeglichen. So wurde beispielsweise im Juni 2022 eine neue, tägliche Liefermenge von 68,6 Millionen Kubikmeter, die doppelte Menge, angekündigt und auch gebucht. Aber es kam daraufhin zu keiner Mehrlieferung, vielmehr hingegen zu einer weiteren Reduktion auf 20 Prozent. **Das Ziel ist offenkundig: größte Unsicherheit unter den EU-Staaten zu schaffen!**

Aber die EU hat bereits vorgesorgt. Zumindest gibt es einen Plan. Die einzelnen EU-Staaten sollen – gegenüber dem Bedarf des Vorjahres – um 15 Prozent der Energie einsparen. Sollte dies nicht gelingen, dann werden Länder, die nicht so vom russischen Gas abhängig sind, die anderen unterstützen.

Grau ist aber jede Theorie! Länder wie Zypern, Estland, Lettland, Portugal und Litauen wurden vom Energiesparen ausgenommen bzw. es wurden Sonderregelungen vereinbart. Davon befreit wurden auch „kritische“ Industrien wie die Papier- und die Glasindustrie.

Dieses „zahnlose“ Machwerk wird dann von der EU als ein definitiver Beweis von Geschlossenheit verkauft. Dies erinnert fatal an die misslungene Aufteilung der Flüchtlinge 2016 auf die einzelnen EU-Länder, die damals grandios am nationalen Egoismus der einzelnen Länder scheiterte.

Der österreichische Notfallplan als solcher fußt auf drei Stufen, wovon die dritte Stufe, die Notfallstufe, von Interesse sein kann und daher kurz besprochen werden soll. Laut Notfallstufe des österreichischen Notfallplanes sind von angeordneten Einsparungen bis hin zu Rationierungen **nur die Unternehmen** unseres Landes betroffen. Als erstes die 35 größten Unternehmen und danach 7.500 größere Betriebe des Landes. **Haushalte und Krankenhäuser wurden von der Notfallstufe ausgenommen!**

Eine ausreichende Versorgung mit Erdgas für die österreichischen Haushalte wie auch für die Wirtschaft dürfte für den heurigen Winter gesichert sein. Sorge bereiten müssen aber die exorbitant hohen Energiekosten, die viele Unternehmen nicht mehr verkraften können. Was aber bisher überhaupt noch nicht diskutiert wurde, sind mögliche Strom-Blackouts, da viele Menschen auf Elektroheizungen (Heizstrahler beispielsweise) umschwenken und durch diese plötzliche Überbelastung das Stromnetz zusammenbricht. Ein Blackout ist **kein(!)** kurzfristiger – räumlich begrenzter – Stromausfall, sondern kann manchmal sogar länderübergreifend mehrere Tage dauern. Die Folgen kann sich jeder ausmalen. Das Netz kann nämlich erst dann wieder hochgefahren werden, wenn die Menschen die stromfressenden Geräte vom Netz nehmen. D.h. den Stecker herausziehen!

In den 1970er Jahren kam es in Norditalien zu einem „Blackout“, nachdem ein Baum in der Schweiz auf eine Starkstromleitung fiel und daraufhin das ohnehin marode italienische Stromnetz zusammenbrach.

Die einzelnen Länder haben seit dem 24. Februar 2022 unterschiedliche Strategien gegenüber den Gaslieferungen aus Russland getroffen: Deutschland, Österreich und auch andere wollen sich aus russischer Gasabhängigkeit befreien. Österreich will bis 2027 ohne Gaslieferungen aus Russland auskommen. Es kann aber auch viel früher sein. **Hoffentlich nicht im heurigen Winter !**

Ungarn, das mehr als halbherzig die Sanktionen gegen Russland mitträgt, wurde von Putin mit Mehrlieferungen an Erdgas belohnt, die sie dann zu Weltmarktpreisen weiter verkaufen können.

Oder Bulgarien. Der Balkanstaat war im April dieses Jahres neben Polen das erste europäische Land, an das der russische Gasmonopolist, Gazprom, seine Lieferungen einstellte. Der Grund war die Weigerung der beiden Länder die Energierechnungen in Rubel zu bezahlen. Bulgarien hat bis zu diesem Zeitpunkt seinen Bedarf an Erdgas zu drei Vierteln mit Importen aus Russland gedeckt. Die damalige, sehr westlich orientierte Reformregierung in Sofia zeigte sich aber vom Bruch mit Gazprom völlig beeindruckt. Stattdessen wurde fieberhaft nach Alternativen gesucht.

Es wurden Gespräche mit Aserbeidschan bezüglich einer Verdoppelung der Gaslieferungen geführt. Auch die Arbeiten einer alternativen Leitung nach Griechenland, durch die unter anderem Flüssiggas von griechischen Häfen nach Bulgarien gelangen könnte, wurden vorangetrieben. Es wurden auch sieben LNG-Schiffsladungen in den USA bestellt.

Und wie ist der Stand heute, im September 2022, Verträge mit Aserbeidschan wurden noch nicht finalisiert, die Pipeline nach Griechenland wurde aber inzwischen eröffnet und sechs der sieben Flüssiggasstationen (LNGs) aus den USA wurden wieder abbestellt. Bulgarien steht daher ein kalter Winter bevor. Die Gas-Lager sind nur zu 60 Prozent gefüllt. Das ärmste Land in der EU ist nicht mehr in der Lage, für die hohen Energiekosten aufzukommen. Es ist folglich nicht das Problem, Erdgas über den Weltmarkt zu beziehen. **Man kann sich die neuen Preise für Energie einfach nicht mehr leisten!**

Ein kleines Beispiel soll die schwierige Situation, vor der Bulgarien und die anderen ärmeren EU-Staaten stehen, veranschaulichen. Deutschland musste 2021 0,5 Prozent des BIP für Gas ausgeben, 2022 werden es für den gleichen Verbrauch von 2021 acht Prozent sein: 16 Mal so viel!

4. Design des Gasmarktes in der EU und Preisbildungen

4.1 Liberalisierung des Gasmarktes

Die Liberalisierung des Gasmarktes erfolgte deutlich später als jene des Strommarktes. Dies lag vor allem daran, dass beim Erdgas im Gegensatz zum Strom einer der größten Produzenten, nämlich Russland, außerhalb der neoliberalen Wirtschaftsräume lag und daher dessen Preisbildung anderen Gesetzen unterworfen war, wenngleich sich auch die russischen Produzenten am Weltmarktpreis orientierten. Je nach politischem Fehl- oder Wohlverhalten ihrer Geschäftspartner gab es dann Zuschläge oder auch Rabatte.

Aber auch in der Gaswirtschaft werden die Preise über eigene Börsen bzw. Brokerplattformen gebildet – mit all den Möglichkeiten zu Spekulationsgeschäften.

Die einzelnen Regionen in Europa sind wie beim Strom in sogenannte „Bilanzkreise“ mit eigenen Ein- und Ausspeisungspunkten (Zählpunkten) von Hub zu Hub unterteilt. Die Bilanzkreisverantwortlichen müssen natürlich untereinander kommunizieren, damit der Gaskreislauf funktioniert.

Einer vom amerikanischen Consulting-Unternehmen, Price Waterhouse Coopers, durchgeführten Studie zufolge leidet Österreich wie andere zentral- und osteuropäische Länder auch daran, dass sie aufgrund fehlender Regelungen in das westeuropäische Gasnetz ungenügend eingebunden sind – keinen Zugang zu den Speichern, zu den Transportwegen und zu den Hubs. Es stellt sich daher die Frage, wieviel von dem von der OMV in den Niederlanden und in Norwegen kürzlich eingekauften Gas letztlich in den heimischen Gasrohren ankommen wird.

Für den derzeit immer noch hohen Gaspreis können mehrere Gründe angeführt werden:

- Die Gasspeicher in Deutschland wie auch in Österreich wurden bereits im Winter 2021/22 vor allem von Gazprom nicht mehr aufgefüllt. Das Gas muss daher jetzt teuer auf dem Weltmarkt eingekauft werden. Zu Jahresbeginn 2022 mussten auf dem Referenzmarkt Dutch TTF für Natural Gas 50,-- Euro pro MWh berappt werden, im Juni dieses Jahres waren es 200,-- Euro pro MWh.
- Gas wird zunehmend für die Stromerzeugung eingesetzt. Steigende E-Mobilität und der Ersatz für stillgelegte Kohlekraftwerke sind die Gründe hierfür.
- Der schwache Euro verteuert zudem den Import von Rohstoffen ungemein und befeuert deutlich die Inflation. Der starke Schweizer Franken – inzwischen wurde die Parität zum Euro bzw. bereits leicht unterschritten – verbilligte die Importe massiv.

Den Unterschied hierbei zeigen die beiden Inflationsraten im September 2022: 3,5 Prozent in der Schweiz und 10,1 Prozent in der EU. **D.h. die fast sieben Prozent der Inflation in der EU sind einer unverantwortlichen Schuldenpolitik durch die EU und ihrer EZB geschuldet!**

4.2 Preisbildungen auf den Energiemärkten

Die Preise beim Strom schwanken stärker als beim Naturgas. Volatil wird dies in der Börsensprache genannt. Dies liegt vor allem an der seit zwanzig Jahren praktizierten speziellen Preisbildungsmethode, dem „Merit Order“.

Als „Merit Order“ bezeichnet man die Reihenfolge der Einspeisung von Kraftwerken in das Stromnetz. Als erstes wird jenes Kraftwerk mit den niedrigsten variablen Kosten (Grenzkosten) herangezogen. Und so weiter geht man bis zum letzten Gebot vor, das den Zuschlag erhält. Die variablen Kosten für die Stromerzeugung des letzten Anbieters sind dann die täglichen Strompreise!

Mit anderen Worten: das Unternehmen mit den höchsten variablen Kosten bestimmt den täglichen Strompreis. Dies ist etwa so, wenn beispielsweise die Bäckerei mit den meisten Angestellten und dem höchsten Gehalt für den Meister den täglichen Brotpreis für alle Bäckereien in einer Stadt festlegen darf.

Ein solches Bieterverfahren führt aber nur dann zu niedrigeren Strompreisen, wenn es ein Überangebot gibt. Dann kommt es zu einer Verdrängung von Kraftwerken mit hohen variablen Kosten – beispielsweise von Kohle- und Gaskraftwerken, die teurer produzieren.

Wenn allerdings eine Verknappung des Stromangebotes ansteht, dann zeigt sich die fatale Kehrseite dieses Bieterverfahrens: Es müssen dadurch auch unrentable Unternehmen mit hohen Grenzkosten einbezogen werden – und diese bestimmen dann den aktuellen Tages-Strompreis. Da es keine Deckelung gibt, besteht viel Luft nach oben.

Dies führte 2022 bei jenen Kraftwerken mit niedrigen variablen Kosten in der Produktion zu enormen Windfall-Gewinnen. Als sinnfälliges Beispiel hierfür sollen die Wasserkraftwerke angeführt werden. Auch darüber sollte einmal diskutiert werden!

Die im Anschluss zu diesem Abschnitt präsentierte Grafik hilft, die Entwicklung der Preise für Naturgas während der letzten zwei Jahre – Juli 2020 bis Juli 2022 besser zu verstehen.

Hierfür wurden die Handelspreise an der virtuellen, niederländischen Handelsplattform, „Title Transfer Facility – TTF“, herangezogen, die in Europa eine der wichtigsten Börsen für Naturgas ist.

Die Preise haben die Mengenangabe „BTU“ zur Basis. Ein „BTU“ ist eine häufig verwendete Maßeinheit im anglo-amerikanischen Raum. Nach der Abkehr vom russischen Gas werden wir uns ohnehin baldigst an die anglo-sächsischen Maßeinheiten gewöhnen müssen.

Ein „BTU“ ist nämlich jene Menge an Wärmeenergie, die benötigt wird, um ein britisches Pfund Wasser um einen Grad Fahrenheit zu erwärmen. Diese Maßeinheit kann auch in Megawattstunden umgerechnet werden. Dies ist aber nicht entscheidend! Es geht ja nicht um die absoluten Werte, sondern um ihre Veränderungen im Zeitverlauf.

Wie haben sich die Gaspreise während der letzten zwei Jahre auf dem Spotmarkt entwickelt?

Anfänglich - und zwar verglichen mit der explosionsartigen Steigerung im Laufe des Jahres 2022 – war noch ein relativ „moderater“ Anstieg zu beobachten: von 1,81 US-Dollar (USD) pro eine Million BTU im Juni 2020 auf 6,13 USD im März 2021. **Allerdings betrug bereits damals der Preisanstieg deutlich mehr als zweihundert Prozent!**

Völlig saisonunabhängig setzte sich dann der Preisanstieg mehr als rasant fort: von 6,13 USD im März 2021 auf 31,05 USD im Oktober des gleichen Jahres. **Dies war dann eine Preissteigerung um mehr als fünfhundert Prozent! Danach fiel der Preis wieder auf 27,33 USD im Februar 2022 – und zwar unmittelbar vor dem russischen Angriff auf die Ukraine.**

Um danach mit Schwankungen auf sogar 70,04 USD im August 2022 anzusteigen! Streng genommen darf man nur diesen Preisanstieg ab Februar 2022 der restriktiven russischen Gaspolitik zuordnen. Zwischen 25 Prozent und nicht mehr als 40 Prozent des bisherigen Preisanstieges ließe sich dadurch erklären. Je nachdem, ob Trendlinie oder die gleitende Durchschnitte zum Vergleich herangezogen wurden.

Wenn aber folglich der „Putin-Effekt“ gar nicht so hoch zu veranschlagen ist, dann ist doch zu hinterfragen, ob sich hinter diesen explosionsartigen Preissteigerungen nicht Spekulationsgeschäfte privater westlicher Unternehmen gigantischen Ausmaßes verbergen.

Denn an einem zu geringen weltweiten Angebot an Naturgas mangelt es ja nicht! Dies muss man sich immer wieder vergegenwärtigen. Es ist lediglich eine Preisfrage!

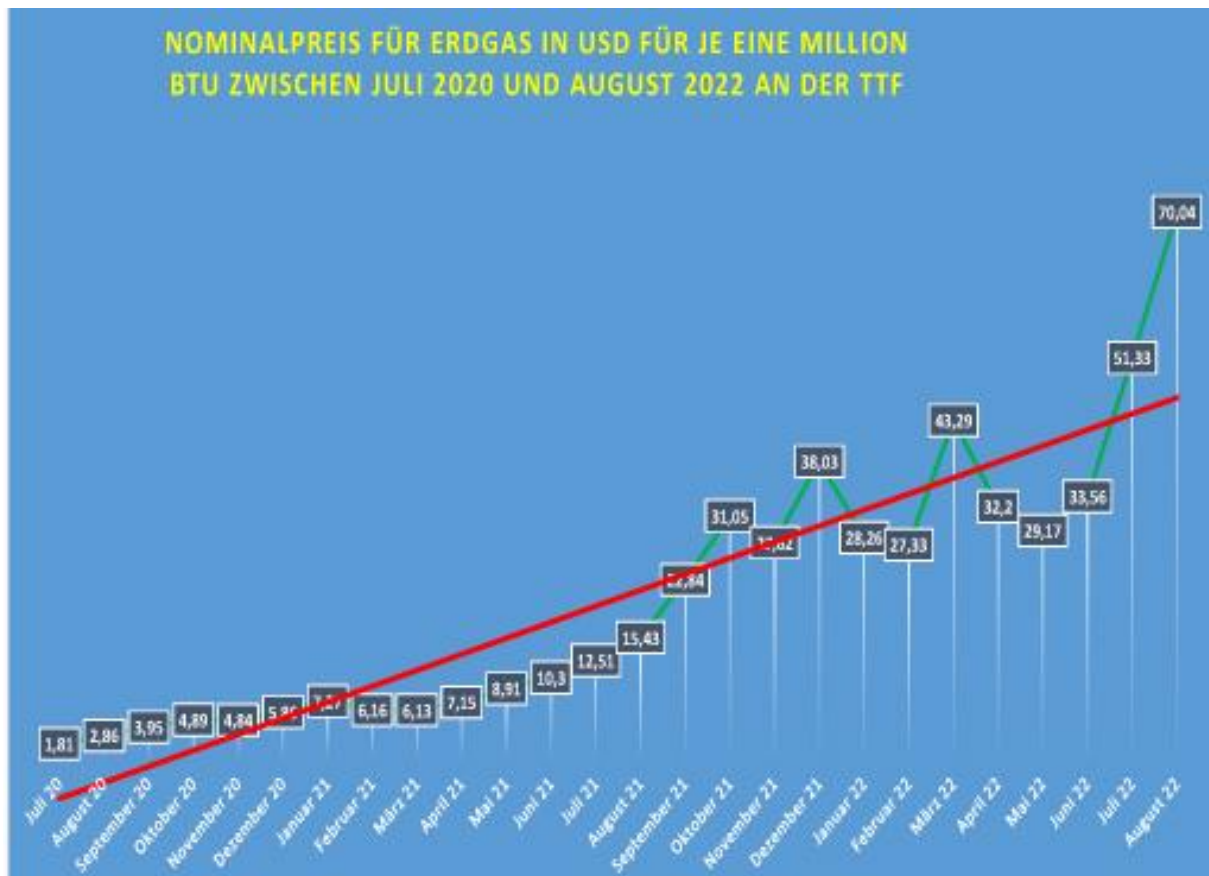
Um wieviel sind nun die Gaspreise in den letzten zwei Jahren gestiegen?

Man kann hier – statistisch genau - verfahren und eine lineare Trendlinie durch die einzelnen Gaspreise legen. **Diesen Berechnungen zufolge beträgt dann der Anstieg des Gaspreises das Zehnfache.**

Man muss sich das einmal vorstellen: die Gaspreise sind in den letzten zwei Jahren um das Zehnfache gestiegen.

Eine kleine Umrechnung in Prozent gefällig: Der Preisanstieg betrug in diesem kurzen Zeitraum stolze 1.000 Prozent. Dies ist ein glatter Wahnsinn!

Die weiter oben angeführten Berechnungen fußen auf der Dollar-Basis. Eine etwaige Umrechnung in den historisch schwächsten Euro nach seiner Einführung bedingt eine weitere Verteuerung der Energiepreise. Diese währungspolitisch bedingte Verteuerung muss noch hinzu gerechnet werden.



5. Nationale Erdgassicherung in Österreich: Erdgasspeicher

Bereits 1974 - unmittelbar nach der OPEC-Krise - hat sich die österreichische Regierung mit strategischer Bevorratung von Erdöl beschäftigt.

Im derzeit gültigen Bundesgesetz über die Haltung von Mindestvorräten an Erdöl und Erdölprodukten aus dem Jahr 2011 muss die Versorgung für 90 Tage sicher gestellt sein.

Eine solche gesetzliche Regelung für Erdgas fehlte bisher in Österreich. Es ist aber daran gedacht, eine strategische Gasreserve anzulegen, deren Eigentümer der österreichische Staat ist.

20 Tera-Wattstunden (TWh), der durchschnittliche Gasbedarf während zweier Wintermonate, sollen für den Notfall zur Verfügung stehen.

Österreich verfügt aber über riesige Erdgasspeicher im Ausmaß von 95,5 TWh, das dem österreichischen Jahresbedarf entspricht. Die Kapazität der deutschen Gasspeicher umfasst nur 16 Prozent des deutschen Jahresbedarfes.

Die riesigen Speichermengen an Erdgas sind aber mit dem kleinen Schönheitsfehler behaftet, da nicht bekannt ist, wieviel davon im heurigen Winter den österreichischen Haushalten und der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden kann. Es ist zudem auch nicht bekannt, welche Lieferbedingungen die Gashändler mit ihren Kunden bereits vereinbarten.

Grundsätzlich gehört das Gas immer dem, der es gekauft hat. Ende 2021 wurden 74 Privatunternehmen gezählt, die Erdgas in die österreichischen Gasspeicher einlagern ließen. Und diese werden dann ihr rares Gut an die Meistbietenden verkaufen. Österreichs Energieversorger werden dann sicherlich darunter zu finden sein. **Aber zu welchem Preis?**

In Haidach/Oberösterreich befindet sich der zweitgrößte Erdgasspeicher Mitteleuropas, der bisher der Versorgung des süddeutschen Raumes sowie – im bescheidenen Ausmaße auch - von Tirol und Vorarlberg diene und noch nicht an das österreichische Gasnetz angeschlossen wurde. Was aber noch im heurigen Jahr erfolgen sollte.

Es handelt sich hierbei um einen Untergrundspeicher in einer ehemaligen Erdgaslagerstätte, der ein Drittel der österreichischen Speicherkapazitäten umfasst. Für seine Befüllung war bisher eine Gazprom-Tochter zuständig, die aber dieser Aufgabe nach dem Winter 2021/22 nicht mehr nachkam, sodass sie nach der Anwendung der „Use-it-or-lose-it“-Klausel die Lizenz verlor und nunmehr am 1. August 2022 die österreichische E-Control mit deren Befüllung begann.

Auch der größte deutsche Gasspeicher im niedersächsischen Rehden, deren Befüllung – nach dem Überfall auf die Krim 2014 – vertrauensvoll in die Hände einer Gazprom –Tochter gelegt wurde, war zu Kriegsbeginn wie der Gasspeicher in Haidach total leer. Dies zeugt davon, dass sich dahinter eine gezielte Politik verbarg, russisches Gas als politische Waffe einzusetzen und die Europäer zu erpressen

Die Befüllung des Gasspeichers kann aber nur von Deutschland aus erfolgen. Und auch hier gilt: Es ist nicht bekannt, wieviel des über Deutschland eingespeicherten Gases dann letztlich unser Land erreichen wird. **Es ist nur zu hoffen, dass zumindest die angepeilte strategische Reserve von zwei Wintermonaten gesichert werden kann. Mit Beginn des Oktobers sind aber erst 7 TWh der für die Notfallreserve geplanten 20 TWh in den Gasspeichern reserviert.**

Mit Stand 1. Oktober 2022 sind Österreichs Gasspeicher bereits zu 80 Prozent angefüllt. Aber wie bereits gesagt: Jeglicher Speicherstand in privaten Gasspeichern auf österreichischem Staatsgebiet besagt eigentlich nicht viel.

6. Im Wirtschaftskrieg mit Russland

6.1 Auswirkungen auf die einzelnen nationalen Wirtschaften

Abseits des direkten militärischen Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine tobt noch ein Wirtschaftskrieg zwischen dem Westen und Russland.

Der Westen brachte in seinem Wirtschaftskrieg schwere „Waffen“ wie Handelsembargos (Export- und Importverbote) sowie Sanktionen in Stellung: Einfrieren und Enteignungen russischen Vermögens, Ausschluss von westlicher Hochtechnologie und vom westlichen Bankensystem. Über tausend westliche Unternehmen haben zudem Russland verlassen.

Am schwerwiegendsten für das russische Budget – zumindest längerfristig – und für einzelne europäische Länder – direkt und unmittelbar – sind aber die Lieferstopps russischer Energieträger (Kohle, Erdöl und – vor allem – Erdgas) zu werten. Damit sollte Russlands wichtigste Einnahmequelle zum Versiegen gebracht werden.

Wurde die russische Wirtschaft durch die Sanktionen gelähmt oder steht sie besser da denn je? Das ist die entscheidende Frage!

Folgt man der Argumentation der Forscher von der renommierten amerikanischen Elite-Universität Yale, dann steuert die russische Wirtschaft auf einen Kollaps zu. Denn das Narrativ von der angeblichen Widerstandsfähigkeit der Russen sei schlicht und einfach falsch. Die Dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts sind auch in Russland längst vorbei. Dies meinen die Forscher von der Yale-Universität.

Anders sieht dies aber der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem im Juli 2022 veröffentlichten Wirtschaftsausblick. Russlands Wirtschaft steht vor dem Hintergrund westlicher Sanktionen besser da als erwartet.

Gazprom, Russlands größter Energiekonzern, verzeichnete im ersten Halbjahr 2022 einen Gewinn von 41,6 Milliarden Euro. Die Hälfte davon fließt als Sondervermögen dem russischen Haushalt zu und füllt Putins Kriegskasse auf.

Die sprudelnden russischen Staatseinnahmen dank hoher Energiepreise möchte aber der Westen drosseln. Es besteht daher ein Plan der G7-Staaten, für den Erdölpreis eine Obergrenze festzulegen, diesen zu „deckeln“. Man hat sich auf 60 Dollar pro Barrel geeinigt. Dadurch würden sich die russischen Staatseinnahmen um ein Drittel verringern.

Der Rückgang russischer Wirtschaftsleistung fiel mit nicht mehr als vier Prozent sehr moderat aus, wenn man den Daten der russischen Statistikbehörde, Rosstat, Glauben schenken will. Anders als westliche Auguren, beispielsweise die deutsche Bundesregierung, die einen Rückgang der russischen Wirtschaftsleistung bis zu 15 Prozent prophezeiten.

Die Annahme, dass die russische Wirtschaft sofort zusammenbrechen würde, war von Anfang an falsch. Sie zeichnet sich, wie eigentlich alle Mangelwirtschaften, durch eine große Improvisationsfreude und -fähigkeit aus.

Eine große Einschränkung ist aber anzubringen. Die seit 2014 vorangetriebene Import-Substituierung westlicher Technologie und Lokalisierung der Produktion von Importwaren stößt bereits jetzt in bestimmten Branchen wie in der Luftfahrt- und Automobilindustrie an ihre finalen Grenzen. Auch viele der russischen Waffensysteme sind mit westlichen Technologiekomponenten ausgestattet.

Es ist aber nicht abschätzbar, inwieweit es Russland gelingt, über Drittstaaten an westliche Hochtechnologie zu gelangen. Aber diese „Graumarkteinfuhren“, Kauf von Waren ohne Einwilligung der ursprünglichen Verkäufer eignen sich nicht für große Serien.

Ihre Lieferanten sind nämlich stets dem Risiko ausgesetzt, selbst auf die Sanktionsliste, „sekundäre Sanktionen“, gesetzt zu werden. Dies gilt auch für chinesische Unternehmen, deren Absatzmärkte im Westen und nicht in Russland liegen.

So hat beispielsweise China im Zeitraum zwischen Juni 2021 und Juni 2022 seine Exporte nach Russland um 32 Prozent gedrosselt, die Türkei hingegen aber um 42 Prozent gesteigert

Die westlichen Sanktionen sind eher mit einem Gift vergleichbar, das sich nur langsam im Körper ausbreitet und erst mit einer Verzögerung seine schrecklichen Verheerungen entfaltet.

Mit den Sanktionen – so westliche Sprecher – soll Russland nicht zerstört, sondern nur seine Fähigkeit zu Angriffskriegen genommen werden. Aber wo liegt die Grenze?

Dramatisch hingegen war 2022 der Rückgang von 49 Prozent der Wirtschaftsleistung in der Ukraine, die aber durch das westliche wirtschaftliche Sicherheitsnetz weitgehend gemildert werden kann.

Auch wir, in Europa, spüren die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Wirtschaftskrieges direkt, brutal und hautnah: eine galoppierende Inflation, Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung, Insolvenz vieler Unternehmen, steigende Arbeitslosigkeit sowie möglicherweise Rationierungen von Strom und Gas im kommenden Winter wie auch im nächsten Jahr. Es verwundert daher nicht, dass viele Menschen in unserem Land für eine Aufhebung der Sanktionen plädieren.

Verschiedentlich wird auch eine Volksabstimmung eingemahnt. Wobei dabei aber nicht klar wird, wogegen eigentlich abgestimmt werden sollte, da ja die Sanktionen vom Westen (vornehmlich von USA und EU) verfügt wurden. Die Bürger wie auch Politiker unseres Landes haben aber darauf keinen Einfluss.

Es ist ja auch so, dass derzeit Russland unter den Lieferungen schwerer Waffen an die Ukraine, wie deren militärische Erfolge jüngst zeigten, ungleich stärker als unter den wirtschaftlichen Sanktionen zu leiden hat. Und diese sollen mit allen Mitteln verhindert werden.

Hinzufügen bleibt noch: Der Krieg in der Ukraine hat dem Westen ein noch weit schrecklicheres Szenario vor Augen geführt. Sollte Putin mit seinem Angriffskrieg in der Ukraine Erfolg haben, dann könnte auch China dazu ermuntert werden, die Republik Taiwan einzuverleiben. Der dadurch entfesselte Wirtschaftskrieg des Westens mit China würde bei uns noch viel größere soziale und wirtschaftliche Kollateralschäden anrichten.

Aber müssen wir deshalb für die Ukraine frieren, weil wir uns die steigenden Gaspreise nicht mehr leisten können? Ist es nicht die verdammte Pflicht unserer Bundesregierung nach Alternativen zu suchen? Oder auch nur den Vorschlag der 5-Sterne für Österreich aufgreifen? Näheres dazu auf den Seiten 28 und 29!

(Die in diesem Abschnitt präsentierten Zahlen und einzelne Schlussfolgerungen wurden – mit eigenen Überlegungen dazu angereichert – einem ausführlichen Online-Bericht „Wer gewinnt den Wirtschaftskrieg - der Westen oder Russland?“ der Neuen Zürcher Zeitung, vom 24. August 2022, sowie einem Spiegel-Artikel „Chipfreie Zone“, Nr. 38/ 17. 9. 2022 entnommen.)

6.2 Reaktionen Russlands auf das Energieembargo der EU

Anhand von zwei Beispielen soll aufgezeigt werden wie Russland auf die Sanktionen des Westens reagiert. Sie veranschaulichen augenfällig, dass auch Russland nicht mehr mit einer Rückkehr zu der Zeit vor dem 24. Februar 2022 rechnet.

A. Russisches Erdöl wird weiterhin uneingeschränkt exportiert

Berechnungen des „International Institute of Finance“ zufolge transportieren derzeit griechische Schiffe 55 Prozent russischen Erdöls in alle Länder der Welt, die russisches Erdöl zu günstigen Preisen nachfragen. Das griechische Rechercheportal „Reporters United“ kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Vor dem Ukraine-Krieg waren es aber nur 35 Prozent.

Griechische Reeder kontrollieren über ein Drittel der weltweiten Tankerflotte. Sie sind daher in Griechenland ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Faktor, dem die griechische Regierung Rechnung tragen muss.

Athen hat sich daher bei den Verhandlungen zum 6. Sanktionspaket der EU auch gegen ein Verbot des Transportes russischen Erdöls durch EU-Unternehmen ausgesprochen. Typischer EU-Kompromiss: die Fracht darf nicht von EU-Versicherungsanstalten versichert werden. Die versicherungsrechtlichen Wagnisse übernimmt vermutlich Russland.

Wie man an diesem Beispiel unschwer ersehen kann: Russland musste keinerlei Einbußen beim Export von russischem Erdöl, in seinem Hauptgeschäft, hinnehmen. Im Gegenteil: Die Preissteigerungen bescherten dem Land sogar einen sattem Mehrgewinn.

B. Russisches Erdgas nach China umleiten?

Beim ihrem ersten Treffen nach Ausbruch des Ukraine-Krieges haben der russische Präsident, Wladimir Putin, und der Staatspräsident der Chinesischen Volksrepublik, Xi Jinping, am 15. September 2022, im usbekischen Samarkand vereinbart, den Ausbau der zweiten Erdgas-Pipeline „Power of Siberia II“ von den ostsibirischen Gasfeldern durch die Mongolei nach China zu forcieren, nachdem die Pipeline „Power of Siberia I“ bereits 2019 eröffnet wurde.

Die Pipelines von den westsibirischen Gasfeldern nach Europa hängen aber in der Luft. LNG-Verflüssigungsstationen in der Barent-See/Nordmeer können nur mittel- bis langfristig eine Alternative bilden.

7. Ein kurzer Ausblick auf eine ungemütliche Zukunft

7.1 Über die Nachhaltigkeit von Energiesparmaßnahmen

Die von der öffentlichen Hand so großzügig alimentierten Massenmedien unseres Landes, wodurch letztlich ihre Existenz gesichert wird, überschütten die Bürger unseres Landes mit einer Vielzahl von Vorschlägen zum Energiesparen im kommenden Winter.

Einige davon haben auch bei mir ihre Wirkung nicht verfehlt. So gefiel mir eine Kombination eines Vorschlages einer Schweizer Bundesrätin und des deutschen Umwelt- und Klimaministers ausnehmend gut: „Erlaubt ist nur mehr ein frei flottierendes paarweises Warm-Duschen - und dies nur in der halben Zeit“.

Es wäre vielmehr eine vornehme Aufgabe unserer Medien gewesen, kritisch zu hinterfragen, wie die Menschen und die Wirtschaft unseres Landes kurz-, mittel- und langfristig mit Energie zu vertretbaren Preisen versorgt werden können. Und vor allem: Wie können wir den heurigen Winter überstehen?

Die Appelle zum Energiesparen werden aber letztlich verpuffen. Ein nachhaltiger Erfolg beim Gassparen wäre aber durch einen für das Gas modifizierten „Strompreisdeckel“ zu erreichen.

Unser Vorschlag dazu: Im aktuellen Abrechnungsjahr sollen 85 Prozent des Gasverbrauches des Vorjahres pro Gaszähler eines Haushaltes von der öffentlichen Hand gefördert werden. Die darüber hinaus verbrauchten Kubikmeter Gas sollen zum Einkaufspreis abgerechnet werden. Bei Haushalten mit Fernwärme sollte in analoger Weise verfahren werden.

Dieses neue Abrechnungsmodell könnte auch bei den KMUs, Klein- und Mittelbetrieben, Anwendung finden. Detto ebenso bei sozialen Einrichtungen!

Da die Jahresabrechnungen – zumindest in Wien ist es so – erst im Frühsommer des nächsten Jahres den Kunden zugestellt werden, könnte bereits die Jahresabrechnung 2022 nach diesem neuen Modell vorgenommen werden.

Das möglicherweise von den Energieversorgern vorgeschobene Argument, dass eine zählerbestandsbezogene Berechnung von 85 Prozent des Gasverbrauches des Vorjahres nicht zu bewerkstelligen sei, hat nur dann seine Berechtigung, wenn mit den Arbeiten die EDV-Experten „Digitales Kaufhaus Österreich“ betraut werden, die offiziell für die Erstellung der inzwischen eingestellten Handelsplattform fast eine Million Euro in den Sand gesetzt haben. Aber es werden auch bedeutend höhere Summen kolportiert.

Ansonsten gilt: Es wäre eine auf die einzelnen Gaszähler basierende Datenbank anzulegen. Jeder der Gaszähler bildet dann einen eigenen Datensatz, in dem der Gasverbrauch der einzelnen Jahre aufgezeichnet wird. Mit diesen Basisdaten können dann problemlos die jeweiligen Jahresabrechnungen nach dem neuen Modell erstellt werden.

7.2 Hinaus mit den Russen!

Eine Rückkehr zu den russischen Energiegeschäften der letzten Jahre, zu einem „business as usual“ ist für lange Zeit nicht mehr möglich. Russland hat nämlich jedes Vertrauen zerstört!

Dass es zu keiner Rückkehr kommen kann, wird auch von Russland so gesehen, das bereits neue Abnehmer gefunden hat. Beim Erdöl war der Ersatz kein Problem. Dank griechischer EU-Reeder, die nunmehr 55 Prozent des unter das EU-Embargo fallenden russischen Erdöls in alle Welt verschiffen. Vorher waren es nur 35 Prozent.

Beim russischen Erdgas, das vornehmlich über eigene Erdgasleitungen zu den Kunden in Europa transportiert wurde und immer noch wird, sind Ersatzkunden – zumindest kurz- und auch mittelfristig – etwas schwerer zu finden. Aber der Bau der zweiten Pipeline, „Power of Siberia II“, von den ostsibirischen Gasfeldern über die Mongolei nach China schreitet zügig voran. Die Pipelines von den westsibirischen Gasfeldern nach Europa hängen hingegen in der Luft.

Aber was sind die Alternativen? Eine ausschließliche Ausrichtung auf erneuerbare Energien bliebe aber eine trügerische Illusion, da sich keine Industriegesellschaft darauf gründen kann. Eine De-Industrialisierung unseres Landes wäre dann die letale Folge.

Wie übrigens – historisch gesehen – eine auf Holz basierende Industrialisierung ebenso nicht möglich gewesen wäre. Dazu bedurfte es schon fossiler Brennstoffe.

Wenn man von Energie-Importen abhängig ist, dann ist eine nationale Energiesicherheit nur durch eine Diversifizierung (Vielzahl) von Energielieferanten zu erreichen.

Dieser Grundsatz kaufmännischer Vorsicht wurde aber in Deutschland und noch mehr in Österreich sträflich vernachlässigt. In Österreich betrug nämlich bis zum 24. Februar 2022 die Abhängigkeit von russischem Gas bis zu 90 Prozent, in Deutschland lag hingegen dieser Anteil nur bei 47 Prozent.

Aber wie ist es dann zu dieser fatalen Abhängigkeit von Russland gekommen? Das ist nämlich die entscheidende Frage, die in einem eigenen parlamentarischen Untersuchungsausschuss geklärt werden muss.

In einem solchen parlamentarischen Untersuchungsausschuss wird auch die Frage zu klären sein, ob jene Personen, die Österreich in diese fatale Abhängigkeit von russischem Gas (bis zu 90 Prozent) brachten, nicht den Straftatbestand „Landesverrat“ erfüllten. Dieser ist nicht nur bei einem direkten Verrat von Staatsgeheimnissen gegeben, sondern auch dann, wenn Maßnahmen zugunsten einer ausländischen Macht und zum Nachteil Österreichs gesetzt werden.

Ein paar Hinweise dazu gefällig. So hat kein geringerer als der ehemalige Magna-Chef Siegfried Wolf engste persönliche und wirtschaftliche Verbindungen zu dem russischen Oligarchen und engen Putin-Freund für das Grobe, **Oleg Derispaska**, der seinerseits über seinen Baukonzern SIBAL zu 27,8 Prozent am heimischen Baukonzern STRABAG beteiligt ist.

Entscheidend ist aber und dies zeugt von einer engen Verflechtung österreichischer Politik mit Russland, dass drei ehemalige Bundeskanzler mehr oder weniger eng wirtschaftlich mit Russland verflochten waren: Christian Kern, Alfred Gusenbauer und Wolfgang Schüssel.

Hinzu kommt noch die ehemalige, inzwischen irrlichtende ehemalige FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl (**wie kam es eigentlich zu ihrer Bestellung damals?**), die sich angeblich ins Exil in den Libanon(!) begab, um den EU-Sanktionen zu entkommen und um weiterhin ihre großzügig bemessenen Honorare aus Russland beziehen zu können. So verwundert auch nicht mehr ihr Auftritt bei der von Russland in Wladiwostok organisierten Veranstaltung „Östliches Wirtschaftsforum am Pazifik“ im diesjährigen September – unter anderem gemeinsam mit Myanmars Militärchef.

Sebastian Kurz wäre als vierter Bundeskanzler auch noch in die „Russki Mir“ eingeflochten worden, hätte er nicht rechtzeitig beim umstrittenen und heftig rechten Trumpf-Bewunderer sowie High-Tech Investor Peter Thiel angeheuert.

Sebastian Kurz sind nämlich die immer noch gültigen Gazprom-Gaslieferverträge - mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2040 - zu verdanken, zumindest fielen sie in seinen Verantwortungsbereich. Deren Vertrags- und Lieferklauseln werden immer noch streng geheim gehalten, **müssen(!)** vielleicht sogar geheim gehalten werden

Die 5-Sterne-für-Österreich möchten daher auch einen Vorschlag zur Stärkung der politischen Moral in unserem Land präsentieren: „Wer in die Politik geht, der muss sich darüber im Klaren sein, dass er für seine Tätigkeit wie der Vorstand einer Aktiengesellschaft nach dem Aktienrecht haftet und folglich auch zur Rechenschaft gezogen wird.“

7.3 Dreierlei ist zu fordern

Dreierlei ist fordern: eine Diversifizierung der Energielieferanten durch eine bessere Anbindung an das westeuropäische Erdgas-Pipelinesystem, die Errichtung eines eigenen LNG-Flüssiggasterminals an der Oberen Adria sowie die Erschließung heimischer Schiefergasvorkommen:

(1) Bessere Anbindung an das westeuropäische Erdgas-Pipelinesystem

Einer vom amerikanischen Consulting-Unternehmen, Price Waterhouse Coopers, durchgeführten Studie zufolge leidet Österreich wie andere zentral- und osteuropäische Länder auch daran, dass sie aufgrund fehlender Regelungen in das westeuropäische Gasnetz ungenügend eingebunden sind. Keinen Zugang zu den Speichern, zu den Transportwegen (Pipelines) und zu den Hubs. Daher stellt sich die Frage, wieviel von dem von der OMV in den Niederlanden und in Norwegen kürzlich eingekauften Gas in den heimischen Gasrohren landen kann und letztlich auch wird.

(2) Errichtung eines eigenen Flüssiggas-Terminals (LNG) an der Oberen Adria

Österreich könnte – wie Bulgarien in Griechenland – einen eigenen LNG-Terminal an der Oberen Adria mit einer eigenen Verbindung nach Österreich, dessen Erdgas dann vorrangig der nationalen Energiesicherung dient, errichten lassen.

(3) Erschließung heimischer Schiefergasvorkommen

Die Erschließung eines riesigen Schiefergasvorkommens im Weinviertel, angeblich würde dadurch der Gasbedarf unseres Landes für die nächsten 30 Jahre gesichert sein, ist h noch als ein weiterer Vorschlag einzubringen. Die Kosten wären aber ungleich höher als die Lieferung von Naturgas über Pipelines. **Aber dieses Gas diene dann in erster Linie der nationalen Gassicherung!**

Voraussetzung hierfür ist aber ein hoher Gaspreis wie auch eine etwas lockere Interpretation der strengen Umweltschutzgesetze. Die Grünen Deutschlands haben daher der Gewinnung von Fracking-Gas im eigenen Land eine klare Absage erteilt. Österreichs Grüne würden sich sicherlich auch dagegen aussprechen.

Der OMV ist derzeit das Thema noch zu heiß. Außerdem passt Fracking nicht mehr in ihre Konzernstrategie. Dieser zufolge soll nämlich bis 2030 die Erdöl- sowie Erdgasförderung zu einem Fünftel und bis 2050 völlig eingestellt werden.

Der neue CEO der OMV, Alfred Stern, spricht auch die langen Vorlaufzeiten für die Erschließung und Förderung der Lagerstätten an und zieht einen Vergleich mit einem 92-Jährigen, der als trottiger Greis noch ein Haus bauen will.

Aber „Sag niemals nie!“! Sollte allerdings ein nationales Interesse hierfür bestehen und auch der Preis (d. h. üppige Förderungen seitens der öffentlichen Hand) stimmen, dann würde sich die OMV diesem Ansinnen sicherlich nicht verschließen.

7.4 Die Grenzen jeglicher Liberalisierung der Energiemärkte

Die von der westlichen Wirtschaft im Sinne des Neoliberalismus vorgenommene Deregulierung der Energiemärkte ist an ihre finalen Grenzen gestoßen.

Dies offenbart sich in drastischer Weise am Beispiel britischer Gasversorgung.

Die Frau Premier Minister, Margarete Thatcher, die bereits in den 1970er Jahren erfolgreich den Neoliberalismus in Großbritannien zum Durchbruch verhalf, privatisierte den Energiemarkt total. Wie übrigens alles andere auch – Arbeitsämter, Gesundheitswesen, Wasser sowie Abwässer, Bahn usw.. So wurde auch die damals noch verstaatlichte British Gas an die Börse gebracht und zu einem Shareholder Unternehmen umgewandelt, das sich nur mehr den Interessen seiner Aktionäre, d.h. letztlich hoher Dividenden, verpflichtet fühlte und sich jeglicher nationaler Energiesicherung verschloss.

Mehr als dreißig Jahre später als es darum ging, einen der größten Gasspeicher Europas um einen mehrere Milliarden großen Pfund-Betrag wieder instand zu setzen, wurde dieses Projekt wegen zu hoher Kosten und Unwirtschaftlichkeit(!) verworfen.

Es wurde auch kein Erdgas an den nunmehr bereits erschöpften britischen Gasfeldern in der Nordsee gesichert. Man setzte vielmehr auf einen funktionierenden Energiemarkt mit frei flottierenden Preisen.

Hierzu ein kleines Beispiel zum Nachdenken: Im östlichen Mittelmeer werden große Erdgasfelder vermutet. Israel hat aber bereits jetzt verfügt, dass 40 Prozent des israelischen Anteiles im Land verbleiben müssen und nicht exportiert werden dürfen. **Nationale Energiesicherung nennt man dies!**

So ist es daher gekommen, dass der Inselstaat (Putin bezeichnete einmal Großbritannien als eine kleine Insel irgendwo im Atlantik) mit nationalen Gasreserven von nicht mehr als einem Prozent in den heurigen Winter gehen muss.

In Österreichs Gasspeicher ist zumindest der österreichische Gasbedarf eines ganzen Jahres eingelagert. Diese riesigen Speichermengen an Erdgas sind aber mit dem Schönheitsfehler behaftet, dass nicht bekannt ist, wieviel davon im heurigen Winter den österreichischen Haushalten und der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden kann. Es ist zudem auch nicht bekannt, welche Lieferbedingungen die Gashändler mit ihren Kunden vereinbart haben.

Grundsätzlich gehört das Gas immer dem, der es gekauft hat. Ende 2021 wurden 74 Privatunternehmen gezählt, die Erdgas in die österreichischen Gasspeicher einspeichern ließen. Und diese werden dann ihr rares Gut an die Meistbietenden verkaufen. Österreichs Energieversorger werden dann sicherlich darunter zu finden sein. **Aber zu welchem Preis? Das ist die entscheidende Frage.**

Die beiden vormaligen SPÖ-Politiker, Christian Kern und Hannes Androsch, fordern einen national gesteuerten Einkauf von Energie bzw. eine eigene Energieagentur. Darüber sollte man auch diskutieren.

Aber keinesfalls darf ein EU-weites einheitliches Energie-Beschaffungsregime mit dem Verzicht souveräner nationaler Rechte Platz greifen. Dies hat schon bei der Migration kläglich versagt. Zudem ging Österreich seiner Souveränität in der Flüchtlingspolitik völlig verlustig.

8. Einleiten des Volksbegehrens: „Rettung unserer Sparbücher“

Wir von den 5-Sternen-für-Österreich beschäftigen uns auch mit anderen Themen. Beispielsweise mit der „Rettung unserer Sparbücher“, wofür beim Innenministerium ein Antrag zum Einleiten eines Volksbegehrens eingebracht wurde.

Unterstützungserklärungen können noch bis zum 20. Jänner 2023 auf den Gemeinde- bzw. Bezirksämtern Ihrer Heimatgemeinde bzw. ONLINE geleistet werden.

Eine Abgabe von Unterstützungserklärungen für das Volksbegehren ONLINE mit einer Handysignatur oder auch Bürgerkarte ist aber denkbar einfach. Hierzu müssen Sie nur den Link bmi.gv.at/411 eingeben und bis zu den aktuell vom BMI registrierten Volksbegehren hinunter scrollen. Danach die Zeile „Zur Online-Unterstützung von Volksbegehren“ anklicken. Nach der Eingabe der Handysignatur können Sie dann das Volksbegehren auswählen, das Sie unterstützen möchten.

Mit Stand 5. Oktober 2022 wurden bereits 42.466 Unterstützungserklärungen abgegeben. Dies ist sicherlich eine beeindruckende Zahl, aber noch weit von der 100.000er – Marke entfernt, die eine Behandlung im Parlament erforderlich macht.

Unser Vorschlag zur „Rettung unserer Sparbücher“ besteht nicht nur deshalb, weil dadurch die Sparguthaben privater Sparer – zumindest teilweise – gesichert werden sollen, sondern auch die der gemeinnützigen Vereine, die immer wieder für kleinere oder größere Investitionen ansparen müssen.



Text des geplanten Volksbegehrens: Forderung der 5-Sterne-für-Österreich bezüglich einer Ergänzung zum Bundesgesetz über das Bankwesen § 32: Die öffentliche Hand subventioniert die jeweiligen Sparguthaben österreichischer Staatsbürger sowie gemeinnütziger Vereine des Landes bis zu € 50.000,- mit bis zur Hälfte der jährlichen Inflationsrate des Vorjahres (KESt.-frei) als Abgeltung der jährlichen Inflation. Und zwar durch das Einrichten eines eigenen Sparkontos, Sparbuch „Austria A“.

Warum ist die Rettung unserer Sparbücher ein dringendes Gebot der Stunde?

Die Empörung unter der Bevölkerung ob der galoppierenden Inflation ist denkbar groß. Voraussichtliche Inflationsrate im September 2022 laut Statistik Austria: 10,2 Prozent.

Während unsere Bundesregierung Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Inflation auf das tägliche Leben der Menschen, deren etwaige längerfristige Wirksamkeit ich nicht zu beurteilen wage, plant und des Weiteren die Europäische Zentralbank (EZB) magere Placebo – Leitzinserhöhungen von 0,5 Prozent im Juli sowie des Weiteren von 0,75 Prozent im September 2022, wo doch eine solche um mindestens fünf Prozent eher angebracht wäre, vorsieht, blieb aber die inzwischen gar nicht mehr so schleichende Enteignung unserer Sparguthaben völlig unberücksichtigt!

Warum aber dies? Selbst hohe Inflationsraten sind auch in Österreich nichts Neues: Beispielsweise lag im Jahr 1974 der Verbraucherpreisindex (die Inflationsrate) bei 9,5 Prozent „per annum“ und sogar bei 10,2 Prozent im Juni des gleichen Jahres.

Aber damals hatten wir noch unseren Schilling („Alpendollar“ liebevoll genannt), die Regierung Kreisky/Androsch sowie einer unter der Leitung des ehemaligen ÖVP-Finanzministers, Stephan Koren, wirklich unabhängigen österreichischen Nationalbank, die energisch dagegen steuerte, worauf in den Jahren zwischen 1975 – 1978 Nominalzinsen fast in der gleichen Höhe wie die jeweiligen Inflationsraten auf täglich fällige und sogar darüber hinaus auf gebundene Spareinlagen gewährt wurden.

Der Nominalzinssatz auf täglich fällige Sparguthaben lag im Dezember 1974 bei satten fünf(!) Prozent, für die gebundenen Spareinlagen war er dann dementsprechend höher. Da die Inflationsraten in all diesen Jahren nicht immer gleich hoch waren, konnten sich die Sparer über Realzinsgewinne (Sparzinsen minus Inflationsrate) von einigen Prozentpunkten erfreuen.



Website:

<https://www.5-sterne-oesterreich.at>

E-Mail:

fuenf-sterne-oesterreich@hotmail.com

Youtube-Kanal: Kurt Traar

SPENDEN

5-Sterne-für-Österreich-Verein

Erste Bank

IBAN-Code: AT32 2011 1841 2117 6601

BIC-Code: GIBA ATWW XXX

Mitgliedschaften:

MITGLIED BEIM GEMEINNÜTZIGEN

5-STERNE-FÜR-ÖSTEREICH-VEREIN

WERDEN im Menü der Website

<https://www.5-sterne-oesterreich.at>